

Zur Berichterstattung des ADD-Entscheids zur Ausschussnachwahl im Stadtrat vom 14.04.11

Mit zwei lobenswerten Artikeln im Volksfreund und bei 16vor. wurde in der letzten Woche auf die Entscheidung der ADD bezüglich der Wahlanfechtung von Herrn Babic (NPD) in der Ratssitzung vom 14.04.11 aufmerksam gemacht. Lobenswert deshalb, weil hier differenziert und mit journalistischem Abstand berichtet wurde. Die Fakten wurden dargelegt und die möglichen Konsequenzen eröffnet, ohne durch verzerrende Kommentare – wie sonst oft üblich - einseitig verstellt zu werden. Ich erspare mir hier das wiederholende Referat der Vorgänge und Artikel und beschränke mich auf eine politische Kommentierung.

Leider sind die Umstände nicht so, wie Herr Alberecht (CDU) bei 16vor. kommentierend suggeriert: Nach Herrn Albrecht war das Wahlverfahren, das von der Stadtverwaltung unter dem Vorsitz von OB Jensen bei der Neuwahl der Ausschussmitglieder gehandelt werden musste, hochkomplex und darum nur allzu Anfällig für vermeidbare, juristische Fehler, bez. Fehleinschätzungen auf Verwaltungsebene. Genau diese hätte man sich aber auch ersparen können, zumal wenn man bei nachträglichem Überlegen in der Verwaltung selbst auf die eigenen Fehler Aufmerksam wurde und diese dann der ADD selber mitgeteilt hat. Hier muss sich dringend etwas auf der Verwaltungsebene ändern, damit man als Sitzungsleiter nicht nur in eine bloß reagierende Haltung gedrängt wird, sondern das Heft formaler Entscheidungen selbst fest in der Hand behalten kann, was für den OB überlebenswichtig ist. Hier ist allerdings selbstredend Fach- und Sachverstand auf Seiten der juristischen Abteilung auf der Stadt anzumahnen und auch abzurufen. – Etwas anderes ist jedoch die politische Einschätzung von Herrn Albrecht, es komme Herrn Babic (NPD) immer nur darauf an etwas „Medienaufmerksamkeit“ zu erhaschen und auf sonst gar nichts! Und deshalb müsse man ihm die Aufmerksamkeit am besten schlicht verweigern, nach dem Motto: Worüber nicht in den Medien gesprochen wird, das ist auch gesellschaftspolitisch nicht wirksam und darum auch nicht relevant. – Diese Einschätzung teile ich explizit nicht! - Ganz im Gegenteil: Herr Babic (NPD) hat in Bezug auf seinen Widerspruch gegen das durchgeführte Wahlprozedere im Stadtrat nicht die wohlverdiente (!) mediale Aufmerksamkeit bekommen, sondern er hat zudem in einem Rechtsstaat durch die Entscheidung der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) „Recht bekommen“! Dies zu verschweigen wäre selbst „nicht“ rechtstaatlich, obwohl ich im Kommentar von Herrn Alberecht bei 16vor nichts Anerkennendes diesbezüglich lese! – Aber hierin liegt die Systematik der konservativen Parteien – einschließlich der SPD und der Grünen – im Umgang mit dem „politischen Gegner“ der NPD. Als einziges, politisches Handlungskonzept hat man sich zwischen den Fraktionen im Stadtrat auf eine reine stillschweigende Ignoranz gegenüber der NPD verständigt, weil eine Gegenargumentation im Zweifelsfall ja schon wieder zu viel Aufmerksam für die NPD wäre (unabhängig von allen politischen Inhalten). Statt seine volkstümlichen Reden, die oftmals im faschistischen Vokabular daherkommen, selbst durch eine pointierte, politische Stellungnahme, die sachbezogen seine Ausführungen ad absurdum führt, argumentativ zu widerlegen, werden nur bei allzu geduldiger Zuhörbereitschaft offen rassistische Diffamierung seinerseits vom Oberbürgermeister mit Ordnungsrufen gerügt. Ein solches Vorgehen im Einzelfall bleibt aber – vor allem auch politisch – folgenlos! Die politisch verführten, unaufgeklärten und wortreich besäuselten Bürgerinnen und Bürger haben keine Chance zu erkennen, wie sie durch die NPD zum Narren gehalten werden, indem sie Unsinn politisch bejahen. Stattdessen müssten einige der fitten und sprechenden Stadträte, die es jeder einzelnen Fraktion auch gibt, reihum das Wort ergreifen, um so auch eine gewisse Solidarität untereinander und gemeinsam gegen den Rechtsradikalismus in Trier offen zu demonstrieren. – Genau dieses Verhalten fällt aber den eher konservativen und bür-

gerlichen Parteien besonders schwer. Denn mit dieser Unvoreingenommenheit müsste man auch auf rechtsstaatliche Defizite und Ungenauigkeiten im Rat und in der Verwaltung schonungslos aufmerksam machen und alleine schon deswegen eine Medienpräsenz anstreben, damit nicht der leiseste Verdacht eines doppelten Maßes in Bezug auf gewählte Mandatsträgerinnen aufkommen kann. – Vor diesem Hintergrund ist es freilich leichter nur auf eine gewisse „Mediengeilheit“ hinzuweisen, die in diesem Falle aber völlig unangebracht ist, weil hier in der Tat demokratische Defizite offengelegt wurden. Und hier kann es keinen Unterschied machen, wenn das von der NPD geschieht. Anderenfalls würde man offen ein amerikanisches Rechtsverständnis an den Tag legen, nach welchem ein „Übeltäter“ selbst keinen Anspruch auf Rechtsstaatlichkeit erheben kann, weil er selbst zuvor schon aus der Rechtsstaatlichkeit (durch das Begehen seiner Übeltat) herausgefallen ist: Somit werden Mörder rechtsstaatlich hingerichtet und ermordet, weil sie selbst kein Menschenrecht auf körperliche Unversehrtheit mehr besitzen. – Auch vor diesem Hintergrund kennt das konservative Verhalten nur eines: totschweigen und ja keine Medienöffentlichkeit herstellen. Aber darauf kommt es eben überhaupt nicht an – wie Herr Albrecht fälschlich glaubt -, sondern es kommt auf ein korrektes, politisches Verhalten an in Argumentation und Gegenargumentation.

Vor diesem Hintergrund ist es auch erstaunlich, dass in der Begründung der ADD auf einen Umstand Bezug genommen wird, bei dem nicht klar wird, warum das überhaupt geschieht. Ist es eine Ausführung des juristischen Sachbearbeiters der ADD oder eine Erwiderung seinerseits auf eine Argumentation der Stadtverwaltung, die somit gegen den Einwand von Herrn Babic damit argumentieren wollte, dass dieser auf einem Briefkopf der NPD seinen Einspruch formuliert habe. Man muss sich das einmal vorstellen: Da soll ein Einspruch rein formal deshalb nichtig sein, weil er auf einem Briefpapier verfasst wurde, das einer politischen Partei eindeutig zuzuordnen ist. Ganz so als verwendeten die anderen Ratsfraktionen (CDU, SPD, Grüne, FWG, FDP, DIE LINKE) nicht auch ein Logo mit ihren eindeutig identifizierbaren Parteikürzeln: NPD? Erst nach zahlreichen Sätzen und subtilen Umdeutungen der Unterschrift des „Ratsmitgliedes“ S. Babic kommt das Schreiben zu dem Schluss, dass der Zusatz unter seine Unterschrift „Mitglied im Rat der Stadt Trier“ den ausschlaggebenden Hinweis zur Gültigkeit der Eingabe abgebe. Denn Parteien können keinen Widerspruch einlegen, wohl aber zurechenbare Mandatsträger/innen. Und zu diesen gehört auch S. Babic – leider wie man in gewissen Sinne anfügen muss! Allerdings kann so eine Argumentationskette wohl ernstlich auch kein Gegenargument gegen seine Eingabe sein. Solange solche „Spielchen“ aber im Rat und auf der Verwaltungsebene gespielt werden, darf man sich nicht wundern, wenn anderes als die überprüfbare Rechtsstaatlichkeit auf kommunaler Ebene auf dem Spiele steht, nämlich die eigene Glaubwürdigkeit nach einer Wahlperiode im Stadtrat nicht bitter bilanzieren zu müssen, man habe sich ja nicht zu den politischen Ausfälligkeiten der NPD verbal geäußert, weil die Devise der bürgerlichen Fraktionen im Rat der Stadt Trier ein bloßes „Verschweigen“ war, damit die NPD keine Presse oder Aufmerksamkeit habe.

Eine wenig rühmliche Rolle spielt hier die Vertreterin der Linken, Katrin Werner (MdB). Nach eigenen Angaben habe sie nur eine eigene „symbolische Liste“ für die Linke aufstellen wollen, um zu demonstrieren, dass es die LINKE noch gibt. Soweit so gut! – Leider hat Frau Werner (MdB) dann aber im Rat vergessen, dass ihre eigene Liste nur eine symbolische Bedeutung haben sollte, denn tatsächlich hat sie laut Bericht der ADD auf explizite Nachfrage des Oberbürgermeisters, „ob sie mit der Stimme der NPD dabei [bei ihrer Liste, J.V.] bleibe“, ihre Position „durch Kopfnicken bestätigt.“ Durch diese ihre Geste hat sie die zuvor durchgeführte Wahl um die Sitze des Dezernatsausschusses II als juristisch vollgültig verifiziert. – Das ist das Problem! Im Gegensatz zu den formalen Problemen, die oben angesprochen wurden und das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit tangieren, ist dieses nun ein rein ethisches Problem: Will sich die LINKE durch die NPD instrumentalisieren lassen? Ihr „gutes“ (?) juris-

tisch einwandfreies Recht wäre es! Umgekehrt könnte auch die LINKE behaupten, sie habe die NPD instrumentalisiert, denn schließlich habe die LINKE ja den Ausschusssitz bekommen und nicht die NPD. – Hier zeigt sich aber erneut, was ich immer schon behauptet und unermüdlich kritisiert habe: Es geht Frau Werner (MdB) nur um ihren eigenen Machterhalt durch Einflussnahme auf alle möglichen Gremien. – Die Alternative dagegen wäre politische Dummheit.

Vor diesen aufgezeigten Hintergründen gibt es noch viel zu Tun!

Johannes Verbeek

Trier, den 06.07.11